

„Öl ist das Blut der Volkswirtschaft“

Warum wir noch lange von fossilen Brennstoffen abhängig sind und was die Verbraucher dagegen tun können

Die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Claudia Kemfert, kritisiert die Energiepolitik der Regierung und fordert die Verbraucher auf, ihren Einfluss als Konsumenten stärker zu nutzen. Mit ihr sprach Günther Hörbst.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, bis 2050 den gesamten Strombedarf über erneuerbare Energieträger zu decken. Ist das realistisch?

Claudia Kemfert: Es ist nicht unrealistisch, aber durchaus ambitioniert und optimistisch. Man wird es jedoch nur schaffen, wenn man weiterhin eine finanzielle Förderung sicherstellt und diese auch in Europa harmonisiert. Zudem muss es einen Europäischen Stromverbund und einen deutlichen Ausbau der Energiespeicher geben. Deshalb müssen die Netze innerhalb Deutschlands, insbesondere die Nord-Süd-Verbindung und auch ins Europäische Ausland, deutlich ausgebaut werden.

Einige Staaten planen jedoch, verstärkt in der Tiefsee nach Öl zu bohren.

Öl benötigen wir zum größten Teil für die Mobilität sowie Gebäudeenergie, aber auch für die Herstellung vieler Produkte unseres Alltags. Um sich vom Öl unabhängiger zu machen, müssen wir zum einen im Bereich Mobilität beginnen. Das bedeutet, dass wir alternative Antriebsstoffe und -techniken einsetzen. Zum anderen können wir enorm Öl sparen, indem wir Gebäude besser isolieren. Um heute auf Tiefseebohrungen zu verzichten, hätte man mit all dem vor 20 Jahren beginnen müssen.

Weshalb wurde das nicht gemacht?

Die heutigen Industriestaaten, allen voran USA aber auch die EU, Japan oder Russland, verbrauchen und verschwenden unglaublich viel Öl. Da wir heute noch keine Mobilitätstechniken zur Hand haben, die auf Öl verzichten, werden weiterhin jede Menge Fahrzeuge mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren verkauft. Unsere Wirtschaftswelt basiert auf Öl, es ist das Blut der Volkswirtschaft. Herkömmliche Ölfelder gehen zur Neige, wir benötigen neue, und das sind in erster Linie Tiefseefelder.

Wie gefährlich sind die Tiefseebohrungen? Das Beispiel BP verunsichert viele.

Jede Energietechnik hat Risiken. Auch Tiefseebohrungen sind riskant. In Europa sind die Sicherheitsstandards viel höher als in den USA. Und sie werden auch deutlich besser kontrolliert. Wenn die Standards und Kontrollen weltweit erhöht werden, kann man die Technik beherrschen. Schade ist, dass erst ein Unfall passieren muss, um über die Gefahren des Öls nachzudenken. Die Wurzel des Problems hat man damit überhaupt nicht angepackt.

Wie meinen Sie das denn?

Die Nachfrage ist das Problem. Solange die meisten Menschen immer und überall mit dem Auto fahren und mit dem Flugzeug in den Urlaub fliegen, vermindert sich die Nachfrage doch überhaupt nicht, im Gegenteil. Und wenn diese sich gleichzeitig über steigende Benzinpreise aufregen, ist dies besonders absurd. Sicherlich haben die Konzerne Verantwortung, BP hat viele Fehler gemacht, für die er haften muss. Mitschuld tragen allerdings wir alle.

Sie sehen die Verbraucher in der Pflicht?

Ganz genau. Die Möglichkeiten des Verbrauchers werden unterschätzt. Durch konkrete Kaufentscheidungen kann jeder Konsument den Markt beeinflussen. Etwa die Autohersteller dazu zu zwingen, mehr Elektroautos auf den Markt zu bringen. Die Logik ist einfach: Wird ein herkömmlicher Wagen mit Verbrennungsmotor gekauft, muss wieder nach Öl gebohrt werden. Kauft man



Claudia Kemfert ist Energieexpertin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit. FOTO: INGO MÖLLERS

hingegen ein Elektro- oder Erdgasauto, wirkt sich das auf das Marktverhalten der Autobauer aus.

Diese Autos sind aber immer noch recht teuer.

Noch. Und es gibt schon recht günstige Angebote aus Asien und den USA. Die Politik muss das aber auch begleiten, indem sie die neue Technik fördert und für die Verbraucher eine Brücke baut. Statt Abwrackprämien zu bezahlen, wäre es besser, Kaufprämien für neue, zukunftsweisende Fahrzeuge zu bezahlen.

Dafür ist aber wohl zunächst einmal der Wandel in der Stromerzeugung nötig. Die Regierung plant, bis in 20 Jahren 25 Gigawatt Strom durch Windparks auf hoher See zu erzeugen. Kritiker sagen, das sei nicht zu schaffen in so kurzer Zeit.

Das ist machbar, bedarf aber massiver Unterstützung. Das Netz muss ausgebaut, Speicher gefördert und finanzielle Anreize erhöht werden. Hier muss die Politik dringend die richtigen Signale setzen.

Windfirmen beklagen sich darüber, dass sie von Banken keine Kredite bekommen.

Das ist im Grunde ein Skandal. Denn gerade Banken sollten doch begriffen haben, dass es sich hier um sichere Zukunftsinvestitionen handelt. Die zwar keine kurzfristigen Riesen-Renditen versprechen, aber mittel- bis langfristig sichere und nachhaltige Investitionen sind. Das sollte spätestens seit der Bankenkrise nun bei allen Finanzinstituten angekommen sein. Wir benötigen dringend Kapital zum Umbau des Energiesystems, auch private Geldanleger sollten sich gezielt um solche Projekte bemühen. Die Banken sollten sich auch verpflichten, eine Quote für nachhaltige Finanzprojekte einzuführen. Beispielsweise könnte man 40 Prozent der Gelder in Anlagen oder Fonds in Nachhaltigkeitsprojekte fließen zu lassen.

Gibt es Berechnungen, welche Jobeffekte für Deutschland aus dieser Energiewende entstehen könnten?

Allein in der Branche der erneuerbaren Energien arbeiten derzeit knapp bei

300 000 Menschen, wenn man auch die wichtigen Zulieferbranchen mit hineinrechnet. In den nächsten zehn Jahren rechnen wir mit weiteren 100 000 Arbeitsplätzen allein in dieser Branche, bis 2030 könnten diese sich sogar auf insgesamt 600 000 erhöhen. Im Bereich der gesamten Klimaschutztechnik könnten außerdem bis zu einer Million neue Arbeitsplätze entstehen, hierzu zählen Techniken wie Recycling, Wasseraufbereitung, intelligente Netze, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie nachhaltige Mobilität.

Die Energiewende soll ja nun Ende September in der Koalition in ein Konzept gegossen werden. Streitpunkt ist die Frage der Atomlaufzeiten. Wie ist Ihre Meinung?

Ich bedaure, dass es immer nur um die Frage von Atom- versus erneuerbarer Energie geht. Die Erneuerbaren machen derzeit 16 Prozent der Stromerzeugung aus, die Atomenergie etwas über 22 Prozent. Somit werden etwa 60 Prozent der Stromerzeugung gar nicht berücksichtigt – in erster Linie geht es hier um Strom aus Kohlekraftwerken. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien, von der im Zusammenhang mit der Atomkraft immer gesprochen wird, muss auch die Kohlekraft miteinschließen. Wenn man die Kernkraftlaufzeit verlängert, dürfen keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden. Das sollte im Energiekonzept auch so festgehalten werden.

Die eigentliche Alternative heißt also: Atomkraft oder Kohlekraft?

Ganz genau. Wenn die geplanten 26 neuen Kohlekraftwerke tatsächlich gebaut werden sollten, ist eine Verlängerung der Atomlaufzeiten nicht nötig. Ich rate aber dazu, die neuen Kohlekraftwerke nicht zu bauen. Denn sie produzieren die nächsten 50 Jahre eine Menge klimaschädlichen Kohlendioxids. Die bessere Alternative wäre, Gaskraftwerke zu bauen, sie mit Kraft-Wärme-Kopplung zu kombinieren, die erneuerbaren Energien wie geplant auszubauen und die Atomkraftwerke ein wenig länger laufen zu lassen.

Wie lange würden die dann noch laufen?

Das hängt vom Energiekonzept ab. Nach dem Szenario würden meiner Einschätzung nach zehn Jahre ausreichen.

Das sollte dann auch so in das Energiekonzept geschrieben werden?

Genau. Leider vergisst man neben der Kohle auch Gas. Gaskraftwerke sind attraktiv, sie sind flexibel einsetzbar und gut mit erneuerbaren Energien kombinierbar. Zudem ist Gas auch als Treibstoff in der Übergangszeit hin zur ressourcenfreien Mobilität interessant sowie ebenso für die Gebäudeenergie.

Warum gibt es dann so wenig Gaskraftwerke in Deutschland?

Gas ist bei uns im Vergleich zu anderen Ländern unglaublich teuer. Zwar ist der Börsenpreis niedrig, da es einen Angebotsüberschuss gibt. In Deutschland wird der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt und der steigt eher als dass er fällt. Leider bindet Deutschland sich auch weiterhin für Jahrzehnte an Gaslieferanten, die viel zu hohe Gaspreise verlangen. Anstelle Flüssiggas-terminalen zu bauen, die flexibel Gas zu uns transportieren könnten, bauen wir kostspielige Pipelines, die uns die nächsten 25 Jahre an den Ölpreis binden. Diese Ölpreisbindung sollte man schleunigst aufheben.

Zur Person: Claudia Kemfert (41) leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance.